



Chinesische Soldaten patrouillieren auf einer der Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer.

CHINESE NAVY / REUTERS

Chinas geostrategische Lage ist gar nicht so gut

Peking wird stärker – doch die USA sind auch langfristig in der besseren Position

ERICH VAD

Wie eine Perlenkette verbindet die amerikanische Strategie zur Eindämmung Chinas faktische und potenzielle Verbündete in Asien – von Japan über Südkorea, Taiwan, die Philippinen, Vietnam, Indonesien und Singapur bis nach Indien. Die Territorialkonflikte Chinas mit Anrainern des Südchinesischen Meeres muss man in diesem grösseren Kontext sehen. Das Südchinesische Meer verbindet den Pazifik und den Indischen Ozean. Aus geostrategischer und ökonomischer Sicht bleibt den Chinesen kaum eine andere Wahl, als hier hart zu bleiben. Das Beherrschen des Südchinesischen Meeres ist für China essenziell, um weltweit Macht und Einfluss ausüben zu können.

Aber selbst wenn dieses Meer im Einflussbereich Pekings bleibt, ist die Situation Chinas in geostrategischer Hinsicht nicht ideal. Die chinesische Marine verfügt zwar über mehr Schiffeinheiten als die US Navy. Die Zugänge zu den Weltmeeren werden jedoch nicht von China, sondern von den USA und ihren Verbündeten kontrolliert. Damit sind der chinesischen Ambition, eine maritime Grossmacht zu werden, geografisch enge Grenzen gesetzt.

Geografie als Nachteil

Die Situation erinnert an die des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg: Die damalige wirtschaftliche Interessenkollision mit Grossbritannien versuchte Deutschland durch ein Flottenbauprogramm zu kompensieren. Aber das strategische Problem potenzieller seegestützter Blockaden durch Grossbritannien um die Zugänge zu den Weltmeeren konnte dadurch nicht gelöst werden. Die deutsche Marine musste im Wesentlichen aus dem engen Raum der Nord- und der Ostsee heraus operieren.

Ähnlich stellt sich heute die Lage Chinas dar: Im Falle eines militärischen Konfliktes mit den USA wären den Chinesen die Zugänge zu den Weltmeeren versperrt. Die Geografie ist für sie von Nachteil. Im Gegensatz dazu befinden sich die USA in einer geradezu hervorragenden Lage. Ihre Küsten sind Tausende von Kilometern entfernt. Die USA haben zudem im Indopazifik ein Netz von Militärstützpunkten aufgebaut, insbesondere in Japan, auf Okinawa, in Südkorea, auf den Philippinen, auf Guam, in Singapur und auf Diego Garcia im Indischen Ozean.

Allerdings liegen die amerikanischen Stützpunkte und die patrouillierenden Flugzeugträgerkampfgruppen sowie die

Verbündeten der USA inzwischen im Wirkungsbereich chinesischer Marschflugkörper und ballistischer Raketen. Die entsprechenden Arsenale wurden in den letzten Jahren massiv erweitert. Damit schafft sich China eine Sicherheitszone, die die maritime Bewegungsfreiheit der USA einschränkt. Im Gegenzug zeichnet sich nach dem Ende des INF-Vertrages die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Region ab.

Wegen der amerikanischen Strategie zur maritimen Eindämmung Chinas ist dessen Seidenstrassenprojekt so wichtig. Peking versucht das Vorgehen der USA durch eine landbezogene Gegenstrategie zu konterkarieren, nämlich durch den Ausbau des chinesischen Einflussbereichs in Eurasien bis nach Westeuropa. Das Projekt wiederum erinnert stark an das deutsche Pendant der Berlin-Bagdad-Bahn um die Wende zum 20. Jahrhundert. Deutschland versuchte damals, die maritime Vorherrschaft Grossbritanniens im Nahen Osten durch einen Wirtschaftskorridor bis zum Persischen Golf zu unterlaufen. Bekanntlich hat diese Strategie nicht funktioniert.

Der Ausbau der Marine geniesst in Peking hohe Priorität. In Kürze verfügt China über einen vierten Flugzeugträger. Bei der für Militäreinsätze wichtigen Marineinfanterie besitzen die USA jedoch eine enorme Überlegenheit. Auch die chinesische Luftwaffe ist trotz laufender Runderneuerung der amerikanischen technologisch immer noch weit unterlegen. Insbesondere ist sie zu weitreichenden offensiven Operationen nur begrenzt in der Lage. Es fehlen die Flugzeugträgerkampfgruppen, von denen die USA elf besitzen, sowie ein weltweites Netz von Stützpunkten. Allerdings ist die chinesische Technologie im Bereich der Raketen, Cruise-Missiles und Drohnen inzwischen so weit, dass sie für die amerikanische Marine zum Problem wird. Mit 27 Lenkwaffenzerstörern und 60 Fregatten zeigt die chinesische Marine zudem eine erhebliche Kampfkraft.

Die geostrategische Gesamtlage Chinas ist auch mit Blick auf die zahlreichen Landgrenzen mit insgesamt 14 Nachbarstaaten nicht günstig. Mit mehreren Nachbarn hat China Probleme, so etwa mit Indien und Vietnam. Indien fürchtet die strategische Einkreisung im Rahmen des Seidenstrassenprojektes und nähert sich zunehmend den USA an. Mit Russland hat China eine 4300 Kilometer lange Grenze, eine der längsten Staatsgrenzen der Welt. Die beiden Länder pflegen inzwischen gute Beziehungen, aber frühere militärische Konfrontationen sind nicht

vergessen. Dazu kommt die offene Frage, welcher der beiden Staaten künftig die Vormachtrolle in Zentralasien ausüben wird. Chinas Verhältnis zu Japan ist stark belastet, auch historisch. Die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Ländern sind mehr als fraglich.

Im Gegensatz zu China haben die USA nur mit zwei Nachbarstaaten gemeinsame Landgrenzen. Dafür müssten sie im Ernstfall bereit sein, weltweit gleich auf mehreren potenziellen Kriegsschauplätzen Präsenz zu zeigen. Ihre Truppen zum Schutz ihrer Verbündeten müssten sie erst über Tausende von Kilometern heranzuführen.

Was die Atomstreitkräfte betrifft, so hat China zwar ein viel kleineres Arsenal als Russland und die USA, aber es verfügt über eine nukleare Zweitschlagfähigkeit. Die chinesischen Atom-Unterseeboote stellen diese sicher. Ein grossangelegter militärischer Konflikt zwischen den USA und China als rationale Option des Systemwettbewerbs ist damit ausgeschlossen. Man kann mit Blick auf die gut gemeinte Vision einer nuklear-waffenfreien Welt sagen: Die Existenz von Atomwaffen und ihre gegenseitig gesicherte Zerstörungskraft garantieren den Frieden zwischen den Grossmächten mehr als alle deklaratorischen Bekenntnisse der politischen Akteure.

Parität bis 2049?

Künftige militärische Konflikte sind daher eher in begrenzten Stellvertreterkriegen oder hybrid, unterhalb der Schwelle bewaffneter Auseinandersetzung, und natürlich im Cyberraum vorstellbar. Im letztgenannten Bereich hat China stark aufgeholt. Wenn man das enorme Wirtschaftswachstum und die Kaufkraft Chinas einmal beiseitelässt, liegen aber zwischen seinen Verteidigungsausgaben und jenen der USA weiterhin Welten. Das chinesische Militärbudget beläuft sich auf rund 210 Milliarden Dollar, das amerikanische auf 730 Milliarden.

China versucht bis 2049, also zum 100-jährigen Bestehen der Volksrepublik, mit den USA militärisch und technologisch gleichzuziehen. Bis dahin dauert es noch lange, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass Peking dieses Ziel erreicht. Die EU ist derzeit in dieser weltumspannenden Konfrontation nur von zweitrangiger Bedeutung.

Erich Vad war jahrelang militärpolitischer Berater der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Heute ist er Inhaber der Beratungsfirma Erich Vad Consulting.

Japans Regierungspartei stellt sich gegen Reformen

Der neue Chef Fumio Kishida setzt auf Kontinuität

MARTIN KÖLLING, TOKIO

Wenn Japans Langzeit-Regierungspartei LDP ihren Präsidenten wählt, bestimmt sie auch gleich, wer Ministerpräsident wird. Gesiegt hat Fumio Kishida, kein Mann, der die Massen bewegt. Steif stand er am Mittwoch nach seiner Wahl auf einer Bühne in Tokio. Nur kurz erhob er die Stimme. «Es gibt keine unterschiedlichen Lager», rief er seiner Partei und seinen drei Gegenkandidaten zu.

Gemeinsam wolle man in den Unterhauswahlen kämpfen, die voraussichtlich in der ersten Novemberhälfte stattfinden werden. Er wolle dem Volk eine neugeborene Liberaldemokratische Partei präsentieren, eine Partei, die zuhören könne. Die Abgeordneten applaudierten.

Probleme mit Geld lösen

Grosse Hoffnung auf Reformen in entscheidenden Fragen wie Klimaschutzpolitik, Digitalisierung der Gesellschaft und Japans Wettbewerbsfähigkeit kann man sich bei Kishida nicht machen. Mit ihm hat die staatstragende Partei Japans einen Vertreter des innerparteilichen Mainstreams an ihre Spitze ge-

Fumio Kishida
Neuer LDP-Präsident

setzt. «Weiter wie bisher», lautet Kishidas Losung – das wurde in seiner kurzen Antrittsrede deutlich. Als Erstes wolle er noch dieses Jahr ein mehrere 100 Millionen Franken schweres Konjunkturprogramm gegen die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Weg bringen, sagte der neugewählte Parteipräsident. Probleme mit Geld zu lösen, ist eine Tradition der LDP, die bis auf wenige Jahre seit 1955 das Land regiert. Das Resultat: eine Staatsverschuldung von mehr als 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Kishida versprach im innerparteilichen Wahlkampf einen «neuen Kapitalismus». Übersetzt heisst das, dass er die «Abenomics» wiederbeleben will, die sein Vorgänger Shinzo Abe 2012 eingeführt hat, allerdings mit einem neuen Twist. Kishida will nicht bloss auf hohe Staatsausgaben und eine ultralockere Geldpolitik setzen. Gleichzeitig sollten Einkommen umverteilt werden, hin zu den ärmeren Bevölkerungsschichten. Und in die ländlichen Regionen, die massiv unter schrumpfender Bevölkerung leiden. Das hat die LDP schon früher versprochen, passiert ist wenig.

Kishida stammt wie viele Abgeordnete der LDP aus einer alten Politiker-

familie. Schon sein Grossvater und sein Vater sassen im Unterhaus. Nach dem Studium sammelte er zuerst etwas Erfahrung in einer Bank, bevor er Sekretär eines Parlamentarierers und dann ab 1993 selbst Abgeordneter wurde. Nach Abes Amtsantritt im Jahr 2012 wurde Kishida Aussenminister. Er hatte dieses Amt so lange inne wie niemand sonst. Damit ist er gut vorbereitet für den schwierigen Balanceakt, den Japan zwischen dem aufstrebenden China und der Schutzmacht USA gehen muss.

Kishida hatte sich bereits vor einem Jahr für die Parteiführung beworben, unterlag damals aber Yoshihide Suga. Als Suga Anfang Monat überraschend seinen Rücktritt ankündigte, meldete Kishida als Erster seine Kandidatur an. Zwar hat das Volk nichts zu sagen in der Kürung des LDP-Präsidenten, doch Kishida warb in den Medien aggressiv für sein Programm vom «neuen Kapitalismus», als müsste er Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen.

Er versuchte so die Parteibasis zu erreichen, kam damit jedoch nicht wirklich an. In Meinungsumfragen führte mit Taro Kono ein anderer Kandidat deutlich in Umfragen beim LDP-Fussvolk. Kono wäre für Aufbruch und Veränderungen gestanden: Er drängt auf Reformen und ist kritisch gegenüber der Atomkraft eingestellt, was innerhalb der LDP ziemlich unerhört ist.

Pfründen verteidigt

Doch bei Präsidentschaftswahlen haben Vertreter der Parteibasis nur im ersten Wahlgang das Sagen. Erreicht niemand das absolute Mehr – was diesmal der Fall war –, dürfen im zweiten Wahlgang nur noch die Parlamentarier der LDP wählen. In dieser Runde standen sich Kono und Kishida gegenüber. Und da war Kono im Nachteil.

Alle, nur nicht Kono, hätten sich viele Abgeordnete gesagt, sagt Yuichi Hosoya, Professor an der Keio-Universität. Denn Kono versprach faktisch einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie, eine drastische Digitalisierung und neue Regeln für die Wirtschaft. Damit sahen viele im Establishment ihre Pfründen in Gefahr. Kishida ist dagegen schon wegen seiner Persönlichkeit bekömmlicher für die alte Garde als der leicht aufbrausende Kono. Kishida sei sehr stabil, freundlich, hebe niemals die Hand oder seine Stimme, beschreibt ihn ein Weggefährte.

Bereits kommenden Montag wird Kishida als Ministerpräsident vereidigt – angesichts der Kräfteverhältnisse im Parlament ist seine Wahl eine Formalität. Ein erster Test für Kishida wird die Unterhauswahl in wenigen Wochen sein. Eine Verteidigung der absoluten Mehrheit wäre für den LDP-Chef ein wichtiger Schritt. Fängt er eine Schlappe ein, könnte der Ministerpräsident Kishida schon bald wieder Geschichte sein.

Tunesien bekommt neue Ministerpräsidentin

· Mehr als zwei Monate ist es her, dass Tunesiens Präsident Kais Saied den Regierungschef Hichem Mechichi entlassen und die Arbeit des Parlaments ausgesetzt hat. Nun bekommt Tunesien eine neue Ministerpräsidentin. Ernannt wurde die 59-jährige Najla Bouden. Sie solle rasch eine neue Regierung bilden, teilte Saied am Mittwoch mit. Die Geologieprofessorin war unter anderem als Referentin im Bildungsministerium tätig, in der Öffentlichkeit ist sie weitgehend unbekannt.

Bouden wird die erste Frau Tunesiens, die an der Spitze einer Regierung steht. Präsident Saied sprach denn auch von einer Ehre für Tunesien und einer Anerkennung für die tunesischen Frauen. Die

zentrale Aufgabe der künftigen Regierung solle es sein, der Korruption und dem Chaos, das sich in vielen Institutionen des Staates ausgebreitet habe, ein Ende zu setzen. Boudens Befugnisse sind allerdings stark eingeschränkt. Erst vergangene Woche hatte Saied die Macht, die er Ende Juli an sich gerissen hatte, weiter ausgebaut: Er kündigte an, Artikel der Verfassung zu ändern, die die Zuständigkeiten von Legislative und Exekutive regeln, gab sich das Recht, per Dekret Gesetzestexte zu erlassen und dem Minister rat vorzulegen. Mit der Ernennung einer Regierungschefin hatte Saied die tunesische Bevölkerung wochenlang auf die Folter gespannt. Jüngst ist allerdings der internationale Druck auf ihn gestiegen.